

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Preis: Durch unsere Seiten
einmal monatlich 20.00 Mark.
Abonnenten nehmen die Anzeiger
für das Erzgebirge bei Postämtern
ab. — Postamt Leipzig.
Anspruch: Anschlag Nr. 53.
Telegramm: Tageblatt Erzgebirge.

Angewandte die Lebensversicherung
Beitrag für Anzeigen aus dem
Umgebungs 4.00 Mark, monatliche
Anzeigen 2.00 Mark, Restanten
2.00 Mark. Bei gelassenen
Anzeigen entsprechende Rabote.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 167

Donnerstag, den 20. Juli 1922

17. Jahrgang

Deutschlands „verschuldetes Versagen“.

Boile vier Wochen hat das Garantiekomitee in Berlin gefessen, um Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Verhältnisse zu prüfen. In diesen vier Wochen hat die Reichsregierung, die mit innerpolitischen Sorgen über alle Maßen heimgesucht war, zahllose Besprechungen und Verhandlungen mit diesem Komitee abgehalten, und vor allem Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat ihm auf alle seine zahllosen Fragen Rede und Antwort gestanden. Nun ist das Garantiekomitee nach Paris zurückgekehrt, um dem Reparationsausschuß über seine Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung Bericht zu erstatten. Von diesem Berichte wird für die nächste Zukunft Deutschlands unendlich viel, wenn nicht alles, abhängen.

In der französischen Presse, die bekanntlich das Glas wachsen läßt, war in den letzten Tagen mehrfach zu lesen, daß das Garantiekomitee ein verschuldetes Versagen Deutschlands feststellen werde. Hier ist wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens. Auch in Frankreich hat man einsehen gelernt, daß die Dinge nicht so weiter gehen können, wie bisher. Diese Einsicht war bis vor etwa acht Tagen sogar so weit gekommen, daß selbst die kommunistische Presse sich des Ernstes der Lage bewußt geworden war und es offen ausgesprochen, daß Deutschlands Ruin auch den finanziellen Ruin Frankreichs notwendig nach sich ziehen müsse. Selbst der Temps hat aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr gemacht und war offen für einen Zahlungsausfall und die große internationale Krise eingetreten. Nun aber hat sich, offenbar auf einen Wink Poincarés hin, das Blatt wieder gewendet. Es ist das alte taktische Spiel, das er jedesmal von neuem herbeiholt, wenn der Schrei nach Befriedigung der weltwirtschaftlichen Not so stark wird, daß ihm Erfüllung winkt. Dann steht jedesmal Poincare seine machtpolitischen Sonderpläne geföhrt und vertritt es meisterhaft, gegen die bessere Einsicht der übrigen Entente-regierungen und wohl auch gegen seine eigene bessere Überzeugung die Stimmung zu trüben und jede Bereitwilligkeit zum Entgegenkommen zu unterwühlen. Diese gefährliche Taktik Poincarés hat diesmal noch keine besonderen Urfachen. Nach langem Hin und Her hat er sich bekanntlich jetzt zu einem Besuche bei Lloyd George bereit finden lassen. Zu er weiß, daß Lloyd George Ansicht über die Fragen des Moratoriums und der Anleihe der feigen so ziemlich entgegengekehrt ist, so macht er erst keine Presse mobil, sucht die Situation zu trüben, um sich für die feiner harrenden Verhandlungen in England eine starke Plattform zu schaffen und läßt seine Presseabenteurer mit Bedingungen jonglieren, die er angeblich stellen will. Er hat sich sogar nicht gescheut, die Entscheidung der Reparationskommission insoweit zu präokkupieren, als er eine Denkschrift ausarbeiten ließ, die Deutschlands beherzigterischer Banterotti beweisen soll. An der Hand dieser Denkschrift soll die Reparationskommission das verschuldetes Versagen Deutschlands feststellen und damit zu einem Votum gegen das Moratorium gelangen. In dieser Denkschrift wird als Beweis für die angebliche Schuld der deutschen Regierung angeführt, daß in Deutschland seit dem 1. Januar d. J. monatlich etwa 10 bis 12 Milliarden Papiermark neu ausgegeben seien. Das mag richtig sein. Aber außerhalb Frankreichs, ja sogar vielfach außerhalb der Poincaréschen Kreise, wird es kaum geben, der diese umfangreiche Neuenmission von Banknoten Deutschland als böswilliges Verschulden anrechnen wird. Alle Welt weiß, daß die Entwertung der deutschen Mark die Preise in Deutschland unaußersichtlich welter in die Höhe treibt, und daß die rapide Teuerung die öffentlichen Ausgaben rapide steigert. Es ist sogar zu befürchten, daß Kapitalmangel und Kreditnot, die sich in der deutschen Privatwirtschaft mehr und mehr fühlbar machen, in nächster Zeit noch zu einer weiteren Steigerung des Notenumlaufs führen werden. Ebenso weltbekannt ist die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz. Ist das alles aber etwa unsere Schuld? Will die französische Regierung die ganze Inflation, die letzten Endes doch aus unseren Zahlungsvorschriften an die Entente herrührt, uns zur Last legen und daraus ein böswilliges Verschulden Deutschlands konstruieren? Für diese Ansicht und Absicht dürfte sie wenig Gläubiger und Anhänger finden. Vor allem nicht in England, wo der Wind ganz anders weht und man den katastrophalen Sturz der Mark seit der Ermordung Rathenaus in seinen Auswirkungen voll und ganz würdigt. Italien steht durchaus auf Englands Seite, und auch von Belgien ist es fraglich, ob sein Vertreter in der Reparationskommission diesmal Frankreich Sekundantendienste leisten wird. So können wir, in dem Bewußtsein, mit allen Kräften alles zur Erfüllung Maßnahme getan zu haben, den Entscheidung der Reparationskommission wohl mit Ruhe entgegensehen und brauchen wohl kaum zu fürchten, daß die französische Politik, die sich unter allen Umständen den Weg zu Sanktionen oder sonstigen Strafmaßnahmen offen halten will, den Sieg davontragen wird.

Auf einem anderen Blatte, freilich steht es welche Bedingungen uns gestellt werden, falls ein Moratorium bewilligt wird. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist es, daß das Garantiekomitee vor seiner Abreise ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet hat, in dem es als Ergebnis der Beratungen eine Reihe von Forderungen aufstellt. Das Gerücht, daß sich unter diesen Forderungen die Vandalische Ueberlassung von Aktien deutscher Industrieunternehmen befindet, ist inzwischen zwar dementiert. Nicht dementiert aber ist eine andere Bedingung, der zufolge das Garantiekomitee fordert, daß Vorlagen auf Neuausgaben, die der Reichstag zu bewilligen hat, ihm selbst gleichzeitig mit dem Reichsrat zugehen sollen. In England, dem Lande des ausgeprägtesten Parlamentarismus, wird diese Forderung zweifellos auf Verständnis stoßen; denn dort hat nur die Regierung, nicht das Parlament, das Recht zur Bewilligung neuer Ausgaben. In Deutschland aber, wo dem Parlament dieses Recht zusteht, bedeutet dieses Verlangen der Garantiekommission einen unerträglichen Eingriff in die Finanzhoheit. Von den weiteren Forderungen des Garantiekomitees bjm. der Reparationskommission wird man wohl bald hören, wenn das Komitee seinen Bericht erstattet hat. Daß sich darunter auch die Forderung auf eine energische Bekämpfung der Kapitalflucht befindet, ist bekannt. Dagegen hat gewiß in Deutschland selbst niemand etwas einzuwenden. Im Gegenteil wird man mit großem Interesse seinen Vorschlägen entgegensehen, nachdem die besten Kräfte in Deutschland sich längst darüber klar geworden sind, daß ohne die Mittel des Auslandes hier alle Mittel versagen müssen.

Nachklänge der innerpolitischen Krise.

Gestern, am Mittwoch, waren Vertreter der drei Reichsorganisationen der Deutschen Demokratischen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums in kleinstem Kreise versammelt, um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zu beraten. Die Besprechungen ergaben Einigkeit darüber, daß eine Arbeitsgemeinschaft aller der verfassungstreuen Mitte zu schaffen sei, die jedoch weder die Selbständigkeit der einzelnen Fraktionen aufgeben, noch einen Bürgerblock im Gegensatz zu der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft darstellen solle. Die beabsichtigte Arbeitsgemeinschaft wird vielmehr dazu bestimmt sein, auf der Grundlage der bestehenden republikanischen Verfassung die deutsche Politik nach außen und nach innen steifer und fester zu gestalten und die parlamentarischen Arbeiten zu vereinfachen und zu erleichtern. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet; sie sollen demnächst fortgesetzt werden. — Die Sozialdemokratische und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei veröffentlichen gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Abund eine Kundgebung zur Einzelaktion der Arbeiterschaft, die sich in den vergangenen kritischen Tagen angebahnt habe und nun dauernd, geschlossen und stärker werden müsse bis zur unauflösbaren Vereinigung des gesamten Proletariats. In der Kundgebung wird darüber geklagt, daß nicht alles erreicht worden sei, was die sozialistischen Parteien angestrebt hätten, aber die Auflösung des Reichstages hätte nicht durchgeführt werden können, weil sie Verhinderung der Gesetzgebung zum Schutze der Republik, Verschärfung der außenpolitischen Krise, Erschwerung der dringendsten Aufgaben der Reparationsfrage, Verschärfung der wirtschaftlichen Not, Beschleunigung des Sturzes der Mark und die Arbeiterschaft schädigende Preissteigerungen zur Folge gehabt haben würde. Mit diesen Darlegungen ist die von den beiden anderen Regierungsparteien innegehaltene Taktik ungewollt gerechtfertigt. Wenn die Kundgebung mit den höchsten Worten schließt, daß nur die Einigkeit der Arbeiterklasse die Republik den besten Kampfzwecken für die Durchsetzung des Sozialismus zu sichern vermöge, so kann man solche Agitationsstücke ruhig auf sich berufen lassen.

Der Auswärtige Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat gestern vormittag zu einer Sitzung zusammen. An sich mit den Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Garantiekomitee zu beschäftigen. Fast alle Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses waren erschienen. Auch der Reichsagspräsident Döbe, der nicht zu den Ausschußmitgliedern gehört, wohnte der Sitzung bei. Den Vorsitz führte der Abg. Dr. Stresemann. Vom Reichskabinett waren neben dem Reichskanzler Dr.

Wirth der Reichsminister Bauer, der Reichswirtschaftsminister Schmidt und der Finanzminister Hermes, und ferner vom Auswärtigen Amt der Staatssekretär Dr. Hanke anwesend. Auch eine sehr große Zahl der Vertreter der einzelnen Länder, die dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages angehören, nahmen teil. Besonders bemerkt wurde, daß der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer zu dieser Sitzung erschienen war.

Der Ausschuß nahm zunächst den Bericht des Reichsfinanzministers Dr. Hermes über die Verhandlungen mit dem Garantiekomitee entgegen, vertagte dann aber die Ausprache darüber bis zur nächsten Sitzung am Freitag, um den gedruckten Bericht über diese Verhandlungen in Händen zu haben.

Die Hilfe für die Presse.

In der letzten Sitzung des Reichstages ist das Gesetz über die Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse in dritter Lesung angenommen worden. Danach wird die Reichsregierung ermächtigt, auf Grund von Selbstkostenermittlungen die Preise für Holzstoff, Zellstoff und Druckpapier zu bestimmen. Es wird ferner eine Rückvergütung gebildet, in diese fließen die Erträge aus einer halbprozentigen Abgabe bei Verkäufen von Holz durch die Nutzungsberechtigten im Walde und einer Abgabe von einem und einem halben Tausend des Wertes der gesamten Ausführung. Die Rückvergütung soll gestaffelt nach der Menge des Papierverbrauches erfolgen, wobei das zum Abdruck von Inseraten verwandte Papier nicht in Ansatz gebracht wird. In Ausführungsbestimmungen soll das Nähere festgelegt werden. Das Gesetz ist bis zum 31. März 1924 befristet.

Von maßgebender Stelle wird uns hierzu mitgeteilt: Das nunmehr angenommene Gesetz über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse hat leider eine Gestalt bekommen, durch die die so notwendige und sofortige ausgiebige Hilfe zur Verringerung der Not der Presse nicht gebracht werden kann, wie auch der Reichswirtschaftsminister Schmidt bei der gestrigen zweiten Lesung des Gesetzes im Anfang seiner Ausführungen betonte, wobei er gleichzeitig zum Ausdruck brachte, daß er über das finanzielle Ergebnis wenig erfreut und erbaud sei. Es ist bedauerlich, daß der Reichsrat der Eingabe des Vereins deutscher Zeitungsverleger, die Abgabe aus der Ausführung auf ein halbes vom Hundert zu erhöhen, nicht stattgegeben hat. Das ein solcher Satz für die gesamte Anstalt erträglich ist, dafür kann als Beweis angeführt werden, daß man bisher einen Teil der deutschen Anstalten, nämlich die Papier- und Papperzeugnisse mit dem Reichsrat einer solchen Abgabe befreit hat. Bei Annahme dieses Antrages wäre eine rasche und wirklich wirksame Hilfe für die Presse erreicht worden. Bedauerlich ist es auch, daß man entgegen der Meinung derselben Organisation in das Gesetz Bestimmungen aufgenommen hat, die nach langjährigen Erfahrungen praktisch eine rechtliche Verteilung des materiellen Ergebnisses des Gesetzes unmöglich machen. Aufgabe der Zeitungsverleger-Organisation muß es sein, schnellst Ergänzungsanträge zu dem Gesetz einzubringen, die die Erhaltung der Presse wirklich ermöglichen, und zu den Ausführungsbestimmungen Stellung zu nehmen, damit das Wenige, was erreicht ist, wenigstens zweckentsprechende Verwendung findet.

Der Reichsfrauenauschuß der Deutschen Demokratischen Partei in Schwerin.

Von Martha Dönhoff, M. d. L.

Die Tagung am 14. und 15. ds. Mts. stand unter dem Druck der politischen Gesamtlage, die auch die Absicht des Vorsitzenden des Parteivorstandes Abg. Erlesner veranlaßte, an den Verhandlungen teilzunehmen. Aber der Arbeitseifer und das Interesse an den Einzelfragen wurde nicht gelähmt durch Krisenstimmung. Denn in den Teilnehmerinnen war das Bewußtsein lebendig, daß die Förderung der Frauenarbeit in der Partei dem Ganzen dient; der alles beherrschenden vaterländischen Aufgabe, die Demokratie zu stärken und damit der Republik Sicherheit und der Verfassung Geltungsmöglichkeit zu erringen. Aus 27 Wahlkreisen waren die offiziellen Hauptvertrauensfrauen mit 3. T. zahlreichen Mitarbeiterinnen erschienen.

Über das erste Hauptthema: Der demokratische Gedanke als außenpolitische Macht — sprach Frau Dorow von Welfen-Berlin. Sie ging aus von der Feststellung, daß die ursprüngliche demokratische Verankerung des deutschen Volkes in seiner neuen Entwicklung stark abgehoben ist durch die vorwiegend wirtschaftliche oder rein wissenschaftliche Einstellung seiner führenden Kreise. Das hemmt den Einfluß der demokratischen Idee im heutigen Deutschland und erklärt das Mißtrauen, das das Ausland seiner demokratischen Entwicklung entgegenbringt. Es ist daher Pflicht der Demokraten, für die Verbreitung von Kenntnissen über die freiwirtschaftliche Geschichte Deutschlands bei uns und im Ausland zu sorgen; dazu gehört eine Neubildung des Geschichtsunterrichts in der Schule, der auf historische Wahrheit, auf eine kulturelle und wirtschaftspolitische Verankerung in ganz anderen Maßstäben einge-

Von Stadt und Land.

Mus., 20. Juli 1922

Keine Anerkennung der Kontrollauschüsse in Sachsen. Auf die letzten kommunistischen Forderungen haben die Landesverbände der sozialdemokratischen und der unabhängigen Partei Sachsens geantwortet, sie lehnten es ab, von der Regierung die Anerkennung der Kontrollauschüsse zu verlangen, ebenso die Einführung eines Betriebsrätegesetzes, da dies Sache der Gewerkschaften sei.

Arbeitsmarkt in Sachsen. Nach dem Bericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung zeigt die Kurve der Arbeitssuchendenzahl im Monat Juni, nachdem sie in den Vormonaten sich ständig abwärts bewegt hatte, eine leichte Aufwärtsbewegung. Die bekanntesten an dieser Stelle wiederholt erwähnten, den Arbeitsmarkt beeinflussenden Erscheinungen der Wirtschaftslage, wie Mangel an Facharbeitkräften, Wohnungs-, Kohlen- und Rohstoffmangel traten auch im Berichtsmontat in Erscheinung.

Unsere Kohlennot. In einem Briefe des Elektrizitätswerkes Oberergergebirg, Schwarzenberg i. Sa., an ein rheinischer Blatt wird erklärt, daß im Elektrizitätswerk Oberergergebirg englische und böhmische Kohle verwendet werden müsse, da die Kohlen des Sagan-Dolinitz Reviers nicht die Förderung herbeibringen, die zur Befriedigung der Industrie erforderlich sei. Die Kohlenwertstellungen könnten den bevorzugten Unternehmungen wie Elektrizitätswerken und Gasanstalten, zur Zeit nur noch 60 Prozent des ohnehin spärlichen Kontingents bestreiten.

Kriegshinterbliebene. deren Renten noch nicht nach dem Reichsversorgungsgesetz festgelegt worden sind, können sich bei den örtlichen Hilfsstellen (Orts- und Bezirksämter für Kriegsopferfürsorge) melden. Diese Stellen sind angewiesen, die Neuverteilung der Renten bei den Versorgungsstellen zu veranlassen.

Fahrtpreiserhöhung für Jugendpfllegevereine. Das Verordnungsblatt des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts stellt mit: Nach Mitteilung des Reichsverkehrsministers konnten die Pflichten der behördlich anerkannten Jugendpfllegevereine, die zur Anfahrtsnahme der Fahrpreiserhöhung auf den Eisenbahnen berechtigt sind, noch nicht abgeschlossen werden. Die betreffenden Organisationen werden aufgefordert, nunmehr die Anmeldung zu beschleunigen.

Vorläufiges Ende der Cuarterpflungen. Die Cuarter, die sich um die Kinderpflung in Deutschland ein unverrückliches Verdienst erworben haben, stellen ihre Tätigkeit am 31. Juli ein. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß diese Pflungen wenn auch leider nicht in größerem Umfang, auch im kommenden Winter werden fortgesetzt werden können.

Bur Förderung der deutschen Spitzenkunst findet vom 7. bis 14. Oktober in Berlin eine Spitzenmesse statt. Bei dieser Spitzenmesse wird ein Wettbewerb veranstaltet, wozu jeder Deutsche zugelassen ist und wozu nur handgefertigte Spitzen festlicher Art und Stickereien aus ausschließlich deutschem Garn, Stoff und Zutaten eingeliefert werden dürfen.

Blügggespräche. In Pöhlern und in Deutschböhmen gibt es sogenannte Blügggespräche, die selbst den dringenden Gesprächs noch vorgehen. Sie kosten neunmal soviel, wie ein gewöhnliches Ferngespräch und werden so schnell erledigt, daß der Teilnehmer am Apparat sofort warten kann.

Schwarzenberg, 19. Juli. Ertrunken. Der Geschäftsführer D. wurde in der Nähe der Schotoladenfabrik als Leiche aus dem Schwarzwasser gezogen. Es ist anzunehmen, daß D. in der Nacht vom Sonntag zum Montag von dem richtigen Wege abgekommen, ins Wasser gefallen und ertrunken ist.

Oberhühnergrenze, 19. Juli. Einbruch. In der Nacht zum Mittwoch voriger Woche wurde ein Schuppen des Gastwirts Koch erbrochen und aus einem darin stehenden, mit Deckel versehenen verschlossenen Wagen, der ebenfalls erbrochen wurde, Wäsche und Kleiderstoffe im Werte von ungefähr 15 000 Mark, die dem Handelsmann Bräcker in Hartmannsdorf bei Architz gehörten, gestohlen.

Waidau, 19. Juli. Verabreichung von Sipoleten. Die Einzelheiten der schweren Verbrechen, die am 4. und 5. Juli gegen Einwohner, Straßenpassanten und Sipoleten begangen wurden, kommen, wie die Waidauer Zeitung berichtet, jetzt erst nach und nach an die Öffentlichkeit. Um einen Begriff davon zu geben, was Selbsts sind die Elemente gewesen sind, die sich an den Unruhen am 4. Juli beteiligt haben und mit denen es insofern die Landespolizei bei ihrem Einsatz zu tun hatte, möge die eine Angabe dienen, daß verschiedenen Beamten der Landespolizei, teils im Handgemenge, teils nach Verwundung außer Taschenmessern, Taschentüchern, Briefschaften, Notizbüchern u. a. m. Geld in Höhe von 800, 1125, 1850, 800 Mark, zwei Taschenuhren mit Wette, ein Trauring abgenommen worden sind.

Rillingenthal L. B., 19. Juli. Auflösung des Stadtparlamentes. Hier hatten sich sozialdemokratische Stadtverordnete an einer Demonstration beteiligt, die in

Zülichst: ten ausartete. Die in der wirtschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossenen bürgerlichen Klügengaler Stadtverordneten und Stadträte verlangten nun, daß ihrem mitarbeitenden Mitglied von den den Ausschreitungen beteiligten Stadtverordneten Genehmigung gegeben werde. Das lehnten die sozialdemokratischen Stadtverordneten ab, worauf die bürgerlichen Stadtverordneten die Sitzung verließen und erklärten, an keiner Sitzung der städtischen Kollegien teilzunehmen und ihre Mandate niederzulegen. Die wirtschaftliche Vereinigung hat nunmehr die Auflösung der beiden städtischen Kollegien bei der vorgelegten Behörde beantragt.

Leipzig, 19. Juli. Einzig Friedhofs-Stiftung. Mittergutesbesitzer Adler hat zur Erinnerung an seinen im vorigen Jahre verstorbenen Sohn der Gemeinde Unterlauterbach ein Grundstück zur Anlage eines Friedhofes geschenkt. Der Friedhof soll zugleich als Gedächtnisstätte für die im Weltkrieg gefallenen Glieder der Gemeinde angelegt werden.

Leipzig, 19. Juli. Das Ende der städtischen Operette in Leipzig. Die ungünstige Finanzlage der städtischen Theater in Leipzig hat den Rat der Stadt und die Stadtverordneten zu dem Entschluß genötigt, den mit der Stadttheater A.-G. geschlossenen Pachtvertrag, der am 21. August 1921 abläuft, nicht wieder zu erneuern. Vielmehr von diesem Zeitpunkt ab die städtische Operette als selbständigen Theatertreib aufzugeben. Die Stadt würde damit eine Ersparnis von rund 1 700 000 Mark jährlich machen.

Freiburg 19. Juli. Parteiklausur. Wegen Oberbürgermeister Haupt war, wie berichtet, von Seiten der Linksparteien die Verhöhnung ausgedroht worden, er verbrachte in sei in seinem Amtszimmer befindlichen Schränken. Die das Licht der Öffentlichkeit zu schenken hätten. Der Oberbürgermeister beantragte eine richterliche Durchsuchung der Schränke, die jetzt die völlige Unschuldigkeit der Verdächtigungen ergab.

Vermischtes.

Die verlorene Eisenbahnfahrt. Daß man eine Fahrkarte verliert, kommt gewöhnlich vor. In der Regel jubelt sich bald wieder, sobald man keine anderen Folgen zu empfinden hat, als den Schreck über den gehaltenen Verlust. Manchmal findet sie sich aber auch nicht wieder. Dann muß man eine Strafe zahlen. Nach der Verkehrsordnung hat derjenige, der ohne Fahrkarte im Zuge betroffen wird, oder die Fahrkarte verloren hat, diesen Verlust nicht sofort genügend glaubhaft machen kann, für die ganze vom Zuge resp. von ihm zurückgelegte Strecke den doppelten Fahrpreis zu zahlen. Ein Reisender fand bei der Kontrolle seine Fahrkarte nicht, der Beamte erstattete Anzeige, der Reisende aber weigerte sich, die Strafe zu zahlen mit dem Hinweis, daß er an der Bahnsteigpforte die Karte abgibt und eine andere sie erleben habe. Die Eisenbahn ließ es auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen. Die den Mann freisprach. Denn es komme nicht darauf an, daß das Urteil, ob der Angeklagte die Karte verloren, sondern, ob er sie befehlen habe. Dies sei durch den Beamten bewiesen. Wer also auf der Eisenbahn fährt, tut gut, sich für alle Fälle eines Pennen zu versichern und sich dann nicht etwa ins Nachhinein zu lassen, wenn er die Karte verliert.

Unangenehme Tenerung in Wien. Infolge der vermehrten Wertverwertung tritt ein Preisrückgang auf 2170 Kronen ein. Eine weitere Wertverwertung des Brotpreises steht bevor. Die übrigen Lebensmittel, wie Fett, Zucker und Mehl, verteuern sich in der gleichen Weise.

Temperaturkurve in Frankreich. Über Paris brach am Sonntagabend ein schwerer Sturm herein. In Grenoble fiel das Thermometer bis auf zwei Grad über den Nullpunkt. In der Umgebung von Orleans wurde leichter Frost wahrgenommen. In Verone verursachte der Sturm großen Schaden. Auch einige Personen wurden verletzt. Erst nach zwölf Stunden legte sich das Unwetter.

Das furchtbare Eisenbahnunglück in Predeal, das durch den Zusammenstoß einer Brücke verursacht ist, zeigt einmal wieder, handgreiflich, wie verlobbert die rumänische Verwaltung ist. Die eingestürzte Brücke war eine deutsche Kriegsnotbrücke, die an Stelle der von den Rumänen gesprengten errichtet worden war. Solche behelfsmäßigen Bauten halten natürlich nur einige Jahre, die Rumänen hätten aber seit langer Zeit gehabt, eine wirklich ordnungsmäßige Brücke herzustellen.

Die amerikanischen Miesentstreiks haben den Präsidenten Harding zu weiteren zurechtweisenden Schritten veranlaßt, zu denen auch eine Einladung an die Grubenbesitzer gehört, die Bergwerke wieder in Betrieb zu nehmen. Das bedeutet, daß bei einer Nichtbefolgung der Einladung die Gruben unter Regierungskontrolle gestellt werden würden. Im Gegensatz dazu richtete der Arbeiterführer Debs, der auch für die Präsidentenschaft kandidiert hat, an die Arbeiterschaft eine Aufforderung zur Unterstützung der streikenden Bergleute durch einen Generastreik. Eine solche Aufforderung läßt immer vermuten, daß die Kräfte der Ausständigen zur Reize gehen.

Letzte Drahtnachrichten.

Voraussichtlich ein dreimonatliches Moratorium.

Paris, 20. Juli. Chinas Erbhene verläutet, daß mit französischer Zustimmung die Reparationskommissionen verfahrensweise ein Moratorium für Deutschland beschlossen habe. Die Einzelheiten seien noch nicht festgesetzt. Die Franzosen wünschen es auf 3 Monate zu beschränken, die Engländer wollen es auf 6 Monate festlegen. Für ihre Zustimmung verlangen die Franzosen strengste alliierte Kontrolle sämtlicher wichtiger Finanzprojekte bevor sie dem Reichstag zugehen und durchgeführt werden.

Ein Stimmen der Bernunft fehlt es nicht.

Paris, 20. Juli. Chicago Tribune schreibt: In alliierten Kreisen nehme man nicht an, daß eine alliierte Finanzkontrolle in Deutschland die Reparationsfrage sehr fördern werde, aber es sei von wesentlicher Bedeutung, den völligen Zusammenbruch dieses Landes zu verhindern. Die Quelle der deutschen Verzinsungen werde nach Ansicht Amerikas der deutsche Außenhandel sein aber solange nicht in der gesamten Welt die Rolle herabgesetzt und große Mengen deutscher Waren ausgeführt würden, werde es Deutschland unmöglich sein, irgendwelche bedeutende Darlehen zu bezahlen, obwohl es allerdings im Stande sein werde, den alliierten Ländern Sachlieferungen zu leisten.

Paris, 20. Juli. Der Direktor für Arbeitsgüter und

Interessen im Ministerium des Außen hat eine Konferenz der Direktoren der entsprechenden Stellen bei den alliierten Regierungen angeregt. Diese soll am 25. Juli in Paris stattfinden. Der Anlaß dazu ist, wie die Agence Havas mitteilt, das deutsche Ersuchen um eine Herabsetzung der monatlichen Waischuldenleistungen auf Grund des Londoner Abkommens vom 10. Juni 1921 für den Ausgleich der deutschen Schulden und Forderungen.

Reichspräsidentenwahl zur Jahreswende.

Berlin, 20. Juli. Der Reichspräsident hat wiederholt gebeten, die Neuwahl des Reichspräsidenten vorzunehmen, sobald rechtliche und tatsächliche Hindernisse nicht mehr im Wege stehen. Nachdem nunmehr der deutschverblassende Teil Oberösterreichs abgegrenzt und geräumt sei, ersuchte der Reichspräsident den Reichskanzler erneut um Veranlassung der Wahl durch den Reichstag. Der Reichskanzler besprach, da nach dem Gelingen der Wahltag vom Reichstag festgesetzt wird, die Frage mit den Parteiführern eingehend. Diese waren einmütig der Auffassung, daß es unzweckmäßig sei, den Wahltag noch vor dem Auseinandergehen des Reichstages festzusetzen. Dagegen soll die Beschlußfassung des Reichstages hierüber alsbald nach dem Wiedereintritt im Oktober vorgenommen werden. Danach findet die Wahl voraussichtlich im Dezember oder Januar statt.

Die Abstimmung über das Schuggesetz und das Beamtenpflichtgesetz.

Berlin, 20. Juli. Laut Vorwärts haben in der letzten Reichstagesitzung für das Gesetz zum Schutze der Republik gestimmt die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum, dagegen die Deutschnationalen, die Kommunisten, die bayerische Volkspartei, die Welfen und der bayerische Bauernbund mit Ausnahme seines Fraktionsmitgliedes Reichsernährungsminister Fehr. Ein großer Mißgung ging durch die deutsche Volkspartei; ein großer Teil stimmte für das Gesetz, ein anderer Teil hat sich der Stimmabgabe enthalten und noch andere haben sich an der Abstimmung überhaupt nicht beteiligt. Bei der Abstimmung über das Gesetz betreffend die Pflichten der Beamten stimmten die Kommunisten, die Unabhängigen, die Sozialdemokraten, die Demokraten und das Zentrum dafür, die Deutschnationalen, die deutsche Volkspartei, die bayerische Volkspartei, der bayerische Bauernbund und die Welfen dagegen.

Die neuen preussischen Regierungspräsidenten.

Berlin, 20. Juli. Eine Korrespondenz berichtet über die Neubesetzung der erledigten Regierungspräsidentenposten folgendermaßen: An die Stelle des Oberpräsidenten von Markenswerber wird Oberpräsident Prose treten, der politisch dem Zentrum nahesteht. Der Regierungsbezirk Merseburg ist mit dem sozialdemokratischen Landrat Bergmann besetzt worden. In das Regierungspräsidium Hildesheim ist Ministerialrat Gaifern und in das Regierungspräsidium Stettin Oberregierungsrat Moritz berufen; beide Regierungspräsidenten gehören der deutschen Volkspartei an. Das Regierungspräsidium Kurich ist dem demokratischen früheren Parlamentarier und Bürgermeister von Nordernberg Bergmann übertragen worden. Zum Regierungspräsidenten in Koblenz dürfte der zweite Delegierte der Rheinlandskommission Kaufmann berufen werden, der der sozialdemokratischen Partei angehört. Auch für die Regierungspräsidenten in Magden Triet und Osnabrück sind die neuen Regierungspräsidenten schon vorgesehen, sie werden ebenfalls wie der neue Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Guckh dem Zentrum angehören. Demnach ist auch der Regierungspräsident von Schneidemühl v. Bälow in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Das Ministerium des Innern ist entschlossen, die Reorganisation des Landtages, wonach die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur zuverlässigen Republikanern übertragen werden sollen, zur Durchführung zu bringen. Das nächste Eingreifen dürfte sich auf die Besetzung einer größeren Anzahl von Landratsämtern in Ostpreußen beziehen.

Terror über Terror.

Stettin, 20. Juli. Als gestern mittag der Dampfer Swinemünde die Fahrt nach Swinemünde antreten sollte, erschien ein Zug von Streikenden mit einer roten Fahne am Anlegeplatz des Dampfers und verbot das Schiffpersonal zur Niederlegung der Arbeit zu überreden. Die Streikenden erreichten auch, daß mehrere Helfer den Dampfer verließen, sobald dieser nicht anfahren konnte. Wie der Stettiner Generalanzeiger meldet, wurde darauf von der technischen Nothilfe Helfersonal zur Verfügung gestellt, so daß der Dampfer abends ausfahren konnte. Der regelmäßige Betrieb Stettin-Swinemünde wird auch weiterhin mit Unterstützung der technischen Nothilfe durchgeführt werden.

Kampf im Burgenland.

Wien, 20. Juli. Der Grenzort Hagerndorf im südlichen Burgenland wurde gestern nacht von einer ungarischen mit Gewehren, Maschinengewehren und Handgranaten bewaffneten Bande überfallen. Die Bundesgruppen wiesen nach zweistündigem Feuerkampf die ungarische Bande zurück. Die österreichische Regierung hat die notwendigen diplomatischen Schritte eingeleitet, um den Versuch einer neuerlichen Beunruhigung des Burgenlandes abzuwehren.

Wladimir bleibt fest.

Warschau, 20. Juli. Western hatte Wladimir Korfanty eine Audienz beim Staatschef, wobei er die Bitte des von ihm vorgeschlagenen Kabinetts vorlegte. Es entsann sich eine kurze Aussprache, in deren Verlauf der Staatspräsident sich auf sein am 18. d. M. an den Präsidenten des Sejm gerichtetes Schreiben berief, worin er erklärte, er könne mit Korfanty an der Bildung eines Kabinetts nicht mitwirken und seinen Rücktritt ankündigt. Bezüglich seines weiteren Vorgehens bewies dem Staatschef Korfanty an seine Auftraggeber.

Now, 19. Juli. Das Kabinett ist zurückgetreten

Der Sonntagsausflug.

Von Eber.

Vater hat sein Gehalt bekommen. Das Wetter ist sehr schön, der Himmel strahlt seit langer Zeit wieder einmal in blau, die Kinder freuen sich, denn wir machen einen Sonntagsausflug.

Die Mutter packt die Stullen zurecht (ein halbes Brot 17,80 Mark, ein Pfund Butter 104 Mark, oder ein Pfund Margarine 72 Mark), der Vater läßt sich noch schnell die Haare schneiden und rasiert (kostet 25 Mark ohne Trinkgeld), dann gehen wir in die freie Natur hinaus (eine Straßenbahnfahrt 4 Mark), aufatmend strömen wir in den Schatten der blauen Wälder von Papierfabriken, (ein Quadratmeter Holz: nicht ausrechenbar) und freuen uns über die mannigfaltigen Schönheiten der Natur. Auf den Wiesen brüllen die Kühe (ein Liter Milch 10 Mark), weiden die Ochsen (ein Pfund Rindfleisch: 80 bis 90 Mark) und spielen die Ställe (das Pfund nicht viel weniger).

Fröhlich und lachend laufen die Kinder um die Weite (ein Paar Kinderschuhe besserer Qualität von 200 Mark aufwärts) und spielen mit dem Gummiball (das Stück zu 30 Mark).

Weilhin leuchten die hellen Kleider der Mädchen durch die Landschaft (ein Meter nicht besonders hochwertiger Stoff 100 bis 120 Mark), und die Jünglinge haben sich herausgeputzt, um der Hebsüßchen zu gefallen (Hosenbügel 20 Mark, Rasieren und Haarschneiden siehe oben).

Die Eltern aber sitzen behaglich im Garten des Restaurants (eine Flasche Wein von 100 Mark an, ein großes Glas Bier 7 bis 12 Mark) und der Vater raucht behaglich seine Zigarre (3 Mark das Stück, dafür aber sinkt sie). An den Büschen rauscht das Laub geheim-

nissvoll (ein Paket Zigarren 8 bis 40 Mark) und fangen die Vögel (das einzige, was man gratis bekommt).

Zwischen den Tischen beteln die Köchinnen um Futter (ein Ei 8 Mark) und werden von Hundchen geliebt (Hundesteuer 1000 Mark).

Man schickt der lieben Erbtante eine Ansichtskarte (das Stück mit Marke 5 Mark), schenkt den Kindern einen Aufballon (das Stück zu 10 Mark) oder läßt sie auf dem Karussell einmal spazieren fahren (eine Rundfahrt 5 Mark). Auch eine Tafel Schokolade kommt zum Vorschein (kostet bloß 85 Mark) oder einige Kirichen (das Pfund zu 20 Mark).

Auf der Heimfahrt im Gedränge wird dem Vater die Uhr gestohlen (2000 Mark) und der Mutter der neue Hut zerbröckelt (ebenfalls so viel). Der kleine Emil beschmutzt vor lauter Angst sein Hemd (das Hemd-puppen pro Stück 10 Mark). So kehrt man spät abends erst in seine Wohnung zurück und findet den Brief mit der neuen Mietzinssteigerung vor. Dann wärmt man sich das Nachmahl bei erhöhtem Gaspreis, dröh: schließlich das Licht ab (die Kilowattstunde wird demnach teurer) und verfinstert in glückliche Träume.

Dies alles ist ein Sonntagsausflug in Riffeln, aber freibleibend. Vom nächsten Sonntag an kostet es wieder mehr. Und wenn Vater am nächsten Montag noch etwas von seinem Gehalt übrig hat, dann soll er im Museum ausgestellt werden.

Ueberschrift: Die Preise werden immer schöner.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Arnold. Druck und Verlag: Auer Druck- und Verlags-Gesellschaft m. b. H., Aue.

Drucksachen aller Art

liefert schnell und in bester Ausführung
Buchdruckerel Auer Tageblatt.



Dr. Oetker's Einmache-Hilfe

einmacht. Dies ist das einfachste, billigste u. trotzdem ausgezeichnete Verfahren.

1 Päckchen von Dr. Oetker's Einmache-Hilfe genügt, um 10 Pfd. eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Rezepte zum Einmachen umsonst in den Geschäften! Wenn vergriffen, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Bielefeld.




Dixin das dankbare Seifenpulver

Ist sparsam im Gebrauch und billig.

ALLEINIGES HERSTELLER:
HENKEL & Co., DUSSELDORF

Bekanntmachung!

Einem verehrten Publikum von Aue und Umgebung teilen wir hierdurch mit, daß wir infolge eines plötzlichen 50prozentigen Aufschlags des Sächsischen Thüringischen Brauerei-Vereins und durch weitere Steigerung aller anderen Betriebsmittel gezwungen sind, unsere Verkaufspreise ab heute entsprechend zu erhöhen. Es werden als Mindestpreise festgelegt:

- Agar- und Bismuth-Bier pro Glas Mk. 8.—
- Edle Bayerische Biere pro Glas Mk. 11.—
- Edle Lager-Biere pro Glas Mk. 12.—
- Edle Spezial-Biere (bunke) „ „ 10.—
- Dortmunder „ „ 12.—

Ferner wurden laut Beschluß der Gastwirte-Vereinigung die Preise für warme Getränke, als Kaffee, Kakao, Schokolade, Tee auf Mk. 7.— festgelegt. Diese Verkaufspreise sind Mindestpreise ohne Bedienungsgeld und sind die verbindlichen Gruppen des Gastwirts-Gewerbes, als: die Hotels, Saalgesellschaften, Konzert-, Konfitelei-, Kaffee- u. Zuckerbetriebe usw. berechtigt, entsprechend ihrem Aufwande höhere Preise als die obenangeführten zu verlangen. Indem wir höflich bitten, hieron Kenntnis zu nehmen, zeichnet hochachtungsvoll

Gastwirts-Verein Aue, G. B.

Apollo-Lichtspiele Aue

Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstraße 17.

Freitag bis Montag, den 21. bis 24. Juli:

„Violet!“

„Der Roman einer Mutter“.
Fünf Akte von Julius Sternheim und Arthur Holz.
In den Hauptrollen: Olga Tschekow,
Hans Kubner, Carl Reil, Eugen Burg, Heide Sandrod

Hierzu der große Sensations- u. Abenteuerfilm

„Atlas“, der Gewaltige

II. Episode:
„Der verräterische Handschuh“.
Ein Abenteuer in 5 Akten.
In der Titelrolle: Mario Ansonia.

Täglich Anfang 6 Uhr. Letzte Vorstellung geg. 9 Uhr.

Heute Donnerstag:
Königsdorf, der große Unbekannte . . . 5 Akte.
Zauberin am Stein 5 Akte.

Germania Aue. (Ritschers Theater.)

Freitag, d. 21. Juli, abends 8 Uhr: Großes Lustspiel:
„Kunigunde v. Walden“ oder: Kaspar als Heiratskandidat.
Hierauf persönlich: Ein Akt.

Naturheilverein Prieknis e.V.

Am Sonntag den 23. und Montag den 24. Juli
Kinder- und Sommerfest
in unseren Gartenanlagen.
Die Veranstaltungen sind reichhaltig und unseren
Mitgliedern schon bekannt.

Montag abend: Garten-Konzert

der gesamten Stadtkapelle, mit welchem das Abbrennen eines
brillanten Feuerwerkes verbunden sein wird.
Kinder sammeln am Sonnabend und Sonntag auf
der Wäpferwiese. Der Festausflug.

Wartung! Ausschneiden!

Unsere Geschäftsbücher für
Buchführungs-Unterricht
sind der beste u. sich. Nachweis für Einkommen-, Umsatz- und Zugus-
Steuern! Daber unentbehrlich für Handwerker, Gewerbetreibende,
Labengeschäfte, Landwirte usw.; entb. außerdem praktische Steuerhin-
weise, Rechte u. Pflichten, d. Steuerzahlers, Rechtsmitt. u. wichtige Belehr-
ungen usw. Preis nur Mk. 85.— ab Lager Aue.
Versand gegen Voreinsendung od. Nachn. zus. Porto und Spesen durch die
Erste Erzgebirg. Bismuth- u. Trench.-Gesellschaft, Steuerfachbüro
Breitschuch & Co., Aue i. Erzgeb.
Postfach-Nr. 12, Schulgeschäfts- u. Leipzig Nr. 34213, Bank-Nr. 1. Allgem.
D. Cred.-Anst., Chem. Bank-Verein, Vereinsbank u. Gemeindegeld-Nr. in Aue.

Aue, Walterwiese!



Zirkus Angeles

Freitag, 21. Juli
abends 7 1/2 Uhr
**1
Riesen-
Vorstellung**
In dieser Vorstellung
der ungeführte
**Sensations-
Spielplan**

Billet-Verkauf
tägl. vorm. 10-1 Uhr
und 1 Stunde vor Be-
ginn der Vorstellung
an den Billettschiffen.
Tägl. von 10-1 Uhr
Probe u. Tierkahn.

Für mein Manufakturwaren- und Damenkon-
fektionsgeschäft suche ich per bald und später tüchtige
branchenfunde

Berkauferrinnen und Berkauferr

bei hohem Gehalt. Ausführliche Angebote mit Zeugnisab-
schriften und Gehaltsansprüchen erbeten
L. Jacoby, Annaberg i. Sa.

**Richtig! Spekulieren
heißt, jetzt kaufen!!**
Meine Preise sind bei Veräu-
ßerung der Qualität und
Ausführung, sowie in Anbe-
tracht der bedeutend höheren
Einkaufspreise außerord. billig.
Besuchen Sie mich zwanglos.
Ernst Korbinsty,
Reichsstr. 12, Schuhgeschäft
und mech. Reparaturwerkstatt.

Kopfhairwässer


in großer Auswahl
empfehlen preiswert
Stern & Gauger
Häpfe- u. Verückelstraße, Kar-
lshafenstr. 48, am Westbahnhof

Berretter

(Zeitungs) gesucht für lohnende
Arbeiten, jedermann Akteur.
Für Leute, welche an intens.
Arbeiten gew. sind und über
etwas Kap. verf. u. i. melb.
Wegh. unt. N. T. 5874 an die
Geschäfts- d. W. erbeten.

Hierdurch die schmerzliche Nachricht, daß Montag vormittag
unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Antonie Schneider
verw. gew. Kamm, geb. Schlott
im 68. Lebensjahre sanft verschieden ist. Dies zeigen tiefbetrübt an
die Hinterbliebenen.

AUE, am 20. Juli 1922.
Die Beerdigung erfolgt Freitag mittag 1/2 Uhr von der Halle aus.
Der Trauerzug bewegt sich mittag 1 Uhr von der Behausung,
Bockauer Straße 46, aus.



HAMBURG-AMERIKA LINIE

UNITED AMERICAN LINES INC

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und
ausländische Häfen. - Hervorragende
III. Klasse mit Speise- und Raucher-
Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Eine wöchentliche Abfahrts- von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
AUE: Albin Rosner, Wätlinerstr. 33,
Fernspr. 128

Alte Deutsche Feuer-Versicher- ungsgesellschaft

sucht soliden
VERTRETER
der bei Fleiß und Mäßigkeit sich gute Erfolge
schaffen kann. Angebote unter G. W. 243 an all-
gemeines Anzeigen-Büro, Leipzig, Markt 10.

Te
B
Jahr,
ist
des W
sten m
find. b
gen d
harte
Wohn
der ve
schuffe
lich w
rend
150 00
Wohn
von 2
arden
arten
ten er
zinst
bring
für d
kühle
Arbeit
ebenfe
schuß
Mille
nung
Mar?
nur
Auch
meier
30 00
man
meter
Sflich
Bestf
Heft
antwa
steine
für 7
Mar
Mar?
der
der
dann
gabe
werd
hamb
wären
räum
find.
fen v
Bage
liche
ausde
form
dem
schl
regel
sich
U